

***Bewilligung eines Zusatzkredites  
zur Globalbudgetperiode 2005–2007  
des Globalbudgets „Dienstleistungen der Staatskanzlei“***

Botschaft und Entwurf des Regierungsrates  
an den Kantonsrat von Solothurn  
vom 5. September 2006, RRB Nr. 2006/1643

**Zuständiges Departement**

Staatskanzlei

**Vorberatende Kommission**

Finanzkommission

**Inhaltsverzeichnis**

Kurzfassung .....3  
1. Ausgangslage .....5  
2. Begründung eines Zusatzkredites .....5  
3. Rechtliches .....6  
4. Antrag .....6  
5. Beschlussesentwurf .....7

## Kurzfassung

Mit KRB Nr. 178/2004 vom 7. Dezember 2004 wurde das Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ mit einem Verpflichtungskredit für die Jahre 2005–2007 von 8'880'900 Franken beschlossen.

In der Rechnung 2005 sowie in den Voranschlägen für 2006 und 2007 werden folgende Saldi ausgewiesen:

<b>Globalbudgetsaldo</b> (in 1'000 Fr.)	<b>RE05</b>	<b>VA06</b>	<b>VA07</b>
Aufwand	5'198	5'572	5'780
- Ertrag	-158	-151	-151
Saldo beeinflussbarer interner Leistungsverrechnungen (BIL)	-1'986	-2'207	-2'357
<b>Globalbudgetsaldo</b>	<b>3'054</b>	<b>3'214</b>	<b>3'272</b>

Somit belaufen sich die für die Jahre 2005–07 gesamthaft benötigten finanziellen Mittel zur Erfüllung des Leistungsauftrags voraussichtlich auf 9,5 Mio Franken.

Die Gründe für die Mehraufwendungen wurden bereits im Geschäftsbericht 2005 dargelegt und können wie folgt zusammengefasst werden: Zu tief budgetierte Sozialkostenbeiträge im Betrag von 60'000 Franken pro Jahr, Systemänderung bei der internen Verrechnung der eigenen Reprozenträle mit daraus resultierenden Mindererträgen von 80'000 Franken pro Jahr sowie höhere EDV-Verrechnungen seitens AIO im Betrag von 90'000 Franken pro Jahr im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb des neuen Wahl- und Abstimmungssystems WABSTI.

Aufgrund der fehlenden Reserven musste für 2005 ein Nachtragskredit angebeht werden, welcher vom Kantonsrat im Rahmen der Sammelkreditvorlage III. Serie 2005 am 27. Juni 2006 bewilligt wurde.

Der Kantonsrat wird hiermit ersucht, einen **Zusatzkredit von 700'000 Franken** zu bewilligen.



Sehr geehrter Herr Präsident  
 Sehr geehrte Damen und Herren

Wir unterbreiten Ihnen nachfolgend Botschaft und Entwurf über die Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2005–2007 für das Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“.

## 1. Ausgangslage

Mit KRB Nr. 178/2004 vom 7. Dezember 2004 wurde das Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ mit einem Verpflichtungskredit für die Jahre 2005–2007 von 8'880'900 Franken beschlossen.

In der Rechnung 2005 sowie in den Voranschlägen für 2006 und 2007 werden folgende Globalbudgetsaldi ausgewiesen:

<b>Globalbudgetsaldo</b> (in 1'000 Fr.)	<b>RE05</b>	<b>VA06</b>	<b>VA07</b>
Aufwand	5'198	5'572	5'780
- Ertrag	-158	-151	-151
Saldo beeinflussbarer interner Leistungsverrechnungen (BIL)	-1'986	-2'207	-2'357
<b>Globalbudgetsaldo</b>	<b>3'054</b>	<b>3'214</b>	<b>3'272</b>

Eine Überschreitung des erstmals bewilligten dreijährigen Verpflichtungskredites für den Leistungsauftrag der Staatskanzlei zeichnete sich bereits beim Rechnungsabschluss 2005 ab. Aufgrund der fehlenden Reserven wurde ein Nachtragskredit in der Höhe von 94'000 Franken angebeht (Botschaft und Entwurf vom 25. April 2006, RRB Nr. 2006/843). Dieser wurde vom Kantonsrat im Rahmen der Sammelkreditvorlage III. Serie 2005 am 27. Juni 2006 bewilligt.

Die für die Jahre 2005–07 gesamthaft benötigten finanziellen Mittel zur Erfüllung des Leistungsauftrags belaufen sich voraussichtlich auf 9,5 Mio Franken, womit der Verpflichtungskredit 2005–2007 um 700'000 Franken überschritten wird.

Der Kantonsrat wird hiermit ersucht, einen **Zusatzkredit von 700'000 Franken** zu bewilligen.

## 2. Begründung eines Zusatzkredites

Die Gründe für die Mehraufwendungen wurden bereits im Geschäftsbericht 2005 dargelegt und können wie folgt zusammengefasst werden: Zu tief budgetierte Sozialkostenbeiträge im Betrag von 60'000 Franken pro Jahr, Systemänderung bei der internen Verrechnung der eigenen Repräsentale mit daraus resultierenden Mindererträgen von 80'000 Franken pro Jahr sowie höhere EDV-Verrechnungen seitens AIO im Betrag von 90'000 Franken pro Jahr im Zusammenhang mit der Einführung und dem Betrieb des neuen kantonalen Wahl- und Abstimmungssystems WABSTI. Die wegfallenden Erträge für die Repräsentale wirken sich im übrigen nicht negativ auf die Staatsrech-

nung aus, da gleichzeitig eine Einsparung in gleicher Höhe im Globalbudget Drucksachen / Lehrmittelverlag erfolgt.

Im Geschäftsjahr 2005 konnten die aufgeführten Mehrkosten durch einmalige interne Mehrerträge teilweise kompensiert werden, welche allerdings in den Geschäftsjahren 2006 bzw. 2007 von einmaligen Mehrkosten gleich wieder neutralisiert werden; darunter fallen beispielsweise die von der Post auferlegte Anschaffung neuer Frankiermaschinen und erstmalige Abgeltungen für die Erstellung von Wahlstatistiken. Die somit resultierende Überschreitung des Verpflichtungskredits 2005-07 für das Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ um voraussichtlich 700'000 Franken muss mit einem Zusatzkredit gedeckt werden.

### **3. Rechtliches**

Wenn sich während der Globalbudgetperiode zeigt, dass der bewilligte Verpflichtungskredit nicht ausreicht, ist gemäss § 57 WoV-Gesetz ein Zusatzkredit einzuholen. Der Beschluss des Kantonsrates unterliegt nicht dem Referendum; die zur ordnungsgemässen Erfüllung der staatlichen Aufgaben nötigen Ausgaben bewilligt der Kantonsrat abschliessend (§ 13 Abs. 1 StPG; BGS 126.1).

### **4. Antrag**

Wir bitten Sie, auf die Vorlage einzutreten und dem nachfolgenden Beschlussesentwurf zuzustimmen.

Im Namen des Regierungsrates

Christian Wanner  
Landammann

Dr. Konrad Schwaller  
Staatsschreiber

## 5. Beschlussesentwurf

### **Bewilligung eines Zusatzkredites zur Globalbudgetperiode 2005–2007 des Globalbudgets „Dienstleistungen der Staatskanzlei“**

Der Kantonsrat von Solothurn, gestützt auf Artikel 74 Absatz 1 Buchstabe b der Verfassung des Kantons Solothurn vom 8. Juni 1986<sup>1)</sup>, § 13 Absatz 1 des Gesetzes über das Staatspersonal vom 27. September 1992<sup>2)</sup> sowie § 57 des Gesetzes über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WoV-G) vom 3. September 2003<sup>3)</sup>, nach Kenntnissnahme von Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 5. September 2006 (RRB Nr. 2006/1643), beschliesst:

1. Der für das Globalbudget „Dienstleistungen der Staatskanzlei“ für die Globalbudgetperiode 2005–2007 bewilligte Verpflichtungskredit von 8'880'900 Franken (SGB 178/2004 vom 7. Dezember 2004) wird mit einem Zusatzkredit von 700'000 Franken auf 9'580'900 Franken erhöht.
2. Der Regierungsrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Im Namen des Kantonsrates

Präsident

Ratssekretär

---

Dieser Beschluss unterliegt nicht dem Referendum.

---

#### **Verteiler KRB**

Staatskanzlei (Sch, Stu, Ast, Mal)  
Amt für Finanzen (2)  
Kantonale Finanzkontrolle  
Parlamentscontroller  
Parlamentsdienste

<sup>1)</sup> BGS 111.1.

<sup>2)</sup> BGS 126.1.

<sup>3)</sup> BGS 115.1.